

[Briefkopf Stadt Schwäbisch Hall]

[Bieter]

Gaskonzessionsverfahren der Stadt Schwäbisch Hall

1. Verfahrensbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich komme zurück auf das Verfahren der Stadt Schwäbisch Hall (im Folgenden: Stadt) für den Abschluss eines neuen Gaskonzessionsvertrags für das Gasverteilnetz der allgemeinen Versorgung im Gebiet der Stadt.

Die Stadt wählt einen Vertragspartner für den Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags für den Betrieb des Gasverteilnetzes der allgemeinen Versorgung aus. Dieser Verfahrensbrief richtet sich inhaltsgleich an alle Unternehmen, die rechtzeitig ihr Interesse am Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages bekundet haben.

Bitte bestätigen Sie mir zeitnah schriftlich den Erhalt des Verfahrensbriefes.

A. Verfahrensleitende Stelle

Die Aufgabe der für die Durchführung des Konzessionsverfahrens zuständigen verfahrensleitende Stelle wird wahrgenommen von

Herrn Peter Klink
Stadt Schwäbisch Hall
Dezernat II
Am Markt 6
74523 Schwäbisch Hall.

Der gesamte Schriftverkehr ist ausschließlich an die verfahrensleitende Stelle zu richten.

B. Eignungsnachweis

Sie werden zunächst aufgefordert, die Eignung Ihres Unternehmens für den Netzbetrieb durch Einreichen entsprechender Unterlagen nachzuweisen.

Dieser Nachweis umfasst:

1. Vorlage der behördlichen Genehmigung des Netzbetriebs im bisherigen Netzgebiet nach § 4 EnWG oder eines vergleichbaren Nachweises oder
2. bei Fehlen einer solchen Genehmigung / eines solchen Nachweises eine schlüssige Darstellung dazu, dass Ihr Unternehmen zum Betrieb eines Gasverteilnetzes grundsätzlich in der Lage ist.

Sofern sich Ihr Unternehmen für den Netzbetrieb Dritter bedienen wird (Pächter oder Betriebsführer), ist die Eignung für den Dritten wie vorstehend nachzuweisen.

C. Wertungsgrundlagen

I. Mindestanforderungen der Stadt

Die Bereitschaft zur Zahlung der nach der Konzessionsabgabenverordnung höchstzulässigen Konzessionsabgabe ist Bedingung für die Wertung des Angebots (siehe § 46 Abs. 1 Satz 2 EnWG). Angebote, die diese Mindestanforderung nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

II. Weitere Anforderungen und Ziele der Stadt

Das Angebot soll die nachfolgend dargestellten Anforderungen und Ziele der Stadt bestmöglich umsetzen.

Das wesentliche Ziel der Stadt ist die Sicherstellung der Ziele des § 1 EnWG durch den künftigen Netzbetrieb des Bewerbers. Es muss also eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit erfolgen, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

Die Stadt berücksichtigt neben den Zielen des § 1 Abs. 1 EnWG und den hierzu zu treffenden konzeptionellen Ausführungen auch konzessionsvertragliche Regelungen. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die kommunalen Belange im Lichte des Artikels 28 Abs. 2 des Grundgesetzes – dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung – durch den normierten „Wettbewerb um das Netz“ nicht ins Hintertreffen geraten. Insoweit weist die Stadt darauf hin, dass diese berücksichtigungsfähigen kommunalen Belange nach den beschlossenen Auswahlkriterien nicht im Widerspruch zu den in § 1 Abs. 1 EnWG genannten netzwirtschaftlichen Anforderungen und insbesondere zu den zentralen Zielen der Versorgungssicherheit und der Kosteneffizienz stehen.

1. Versorgungssicherheit

Von maßgeblicher Bedeutung für den künftigen Netzbetrieb ist aus Sicht der Stadt die Sicherstellung der Versorgungssicherheit des Netzbetriebs im Konzessionsgebiet. Dies wird

anhand des jeweiligen Angebots der Bieter zu den nachfolgenden Auswahlkriterien bewertet.

1.1. Zeitraum bis zum Eintreffen bei Störungen im Verteilnetz

Bei eintretenden Störungen soll aus Sicht der Stadt so zügig wie möglich ein für die Erstsicherung qualifizierter Mitarbeiter am Ort der Störung eintreffen. Der Bewerber soll anhand einzelner Schritte und deren jeweiliger durchschnittlicher Dauer den Prozessablauf vom Eingang der Störungsmeldung bis zum Eintreffen am Ort der Störung darstellen. Dabei ist zum Zwecke der Plausibilisierung der Angaben zu erläutern, mit welchen konkreten Maßnahmen der Bewerber ein möglichst frühzeitiges Eintreffen am Ort der Störung im Konzessionsgebiet erreichen wird. Bewertet wird der durchschnittlich zu erwartende Zeitraum zwischen dem Eingang der Störungsmeldung bis zum Eintreffen eines zur Erstsicherung qualifizierten Mitarbeiters des Entstörungsdienstes am Ort der Störung im Konzessionsgebiet. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit der Angaben wird vorgegeben, dass es sich um Störungen an Gasversorgungsleitungen im Netz der allgemeinen Versorgung in Schwäbisch Hall handelt und die Störung nicht mittels Fernschaltung behoben werden kann. Des Weiteren wird vorgegeben, dass sich die Störung **tagsüber** (zwischen 6:00 Uhr – 18:00 Uhr) beziehungsweise **nachts** (zwischen 18:00 Uhr – 06:00 Uhr) ereignet. Für die Nachvollziehbarkeit der Darstellung ist das zugrunde gelegte Bereitschaftskonzept durch konkrete Angaben plausibel zu erläutern.

Zur Plausibilisierung der Angaben haben die Bewerber alle an die zuständige Regulierungsbehörde für den Zeitraum der letzten 5 Jahre (2018-2022) übermittelten Daten betreffend Versorgungsstörungen und ihre Zeitdauer vorzulegen. Die Vorlage der Daten hat sich auf das Konzessionsgebiet zu beziehen. Können keine Angaben zum Konzessionsgebiet gemacht werden, sind die Daten aus dem bisherigen Netzgebiet des Bewerbers vorzulegen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über entsprechende Informationen verfügt und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es für die Beurteilung der Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

1.2. Zeitraum bis zur Wiederherstellung der Versorgung im Verteilnetz

Der Bewerber soll einen möglichst kurzen Zeitraum zwischen dem Eintreffen am Ort der Störung und der **vollständigen Reparatur einer Mitteldruckleitung** im Konzessionsgebiet sicherstellen. Bewertet wird der durchschnittlich zu erwartende Zeitraum zwischen dem Eintreffen am Ort der Störung und der vollständigen Reparatur der beschädigten Gasleitung. Es ist eine für einen Dritten nachvollziehbare Prognose des zu erwartenden Zeitraums zwischen dem Eintreffen eines qualifizierten Mitarbeiters am Ort der Störung bis zur vollständigen Reparatur der beschädigten Gasleitung abzugeben. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit der Angaben wird vorgegeben, dass eine Mitteldruckrohrleitung in Folge

eines Baggereingriffs im Konzessionsgebiet derart beschädigt wurde, dass es zum Abriss des Rohrs und zu einem erheblichen Gasaustritt kommt. Die Beschädigung muss vor Ort ohne Umschaltmaßnahmen behoben werden. Die betroffene Rohrleitung liegt unter einer asphaltierten Straße (innerorts), die an der Stelle der Beschädigung teilweise aufgebaggert wurde. Des Weiteren wird vorgegeben, dass sich die Störung zwischen 6:00 Uhr – 18:00 Uhr ereignet und die Reparatur wegen erforderlicher Tiefbauarbeiten nicht bereits durch den Mitarbeiter vor Ort behoben werden kann, was der Mitarbeiter erst beim Eintreffen am Ort der Störung feststellt. Für die Bewertung ist der Zeitpunkt maßgeblich, zu dem die beschädigte Gasleitung vollständig repariert ist. Die Wiederherstellung der Gasversorgung für die angeschlossenen Kunden ist hier nicht bewertungsrelevant (siehe nächstes Kriterium). Auch ist nicht auf die Wiederherstellung der Oberfläche einzugehen. Für die Nachvollziehbarkeit der Darstellung ist das zugrunde gelegte Bereitschaftskonzept durch konkrete Angaben plausibel zu erläutern. Soweit sich der Bewerber bei den erforderlichen Tiefbaumaßnahmen externer Nachunternehmer (Dienstleister) bedient, ist darzustellen, wie der Bewerber die möglichst zügige Umsetzung der Maßnahme durch den Nachunternehmer (Dienstleister) sicherstellt; vertragliche Zusagen der Nachunternehmer (Dienstleister) zu Reaktionszeiten sind zur Plausibilisierung vorzulegen.

Darüber hinaus ist zu erläutern, mit welchen konkreten Maßnahmen der Bewerber einen möglichst kurzen Zeitraum zwischen der Reparatur einer beschädigten Gasleitung und der **Wiederherstellung der Versorgung bei den angeschlossenen Gaskunden** im Konzessionsgebiet sicherstellt. Bewertet wird der durchschnittlich zu erwartende Zeitraum zwischen dem Abschluss der Reparaturarbeiten und der Wiederherstellung der Versorgung bei jedem einzelnen Gaskunden bei vorheriger Versorgungsunterbrechung. Es ist eine für einen Dritten nachvollziehbare Prognose des zu erwartenden Zeitraums zwischen Abschluss der Reparaturarbeiten und der Wiederherstellung der Versorgung bei den Gaskunden abzugeben. Es wird vorgegeben, dass sich die Störung zwischen 6:00 Uhr – 18:00 Uhr im Konzessionsgebiet ereignet und sämtliche Sicherheitsabsperrventile der angeschlossenen Kunden gefallen sind. Für die Wiederherstellung der Versorgung ist der Zeitpunkt maßgeblich, in dem die Gasversorgung für sämtliche von der Störung betroffene Kunden wiederhergestellt ist. Es wird vorgegeben, dass 30 Kunden von der Störung betroffen sind. Für die Nachvollziehbarkeit der Darstellung ist das zugrunde gelegte Bereitschaftskonzept durch konkrete Angaben plausibel zu erläutern. Soweit sich der Bewerber bei den erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Versorgung Nachunternehmer (Dienstleister) bedient, ist darzustellen, wie der Bewerber die möglichst zügige Umsetzung der Maßnahme durch den Nachunternehmer (Dienstleister) sicherstellt; vertragliche Zusagen der Nachunternehmer (Dienstleister) zu Reaktionszeiten sind zur Plausibilisierung vorzulegen.

Zur Plausibilisierung der Angaben haben die Bewerber alle an die zuständige Regulierungsbehörde für den Zeitraum der letzten 5 Jahre (2018-2022) übermittelten Daten betreffend Versorgungsstörungen und ihre Zeitdauer vorzulegen. Die Vorlage der Daten hat sich auf das Konzessionsgebiet zu beziehen. Können keine Angaben zum Konzessionsgebiet gemacht werden, sind die Daten aus dem bisherigen Netzgebiet des Bewerbers vorzulegen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über entsprechende Informationen verfügt und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es für die Beurteilung der Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

1.3 Zeitraum bis zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Netzanlagen

Weiter soll der Bewerber einen möglichst kurzen Zeitraum zwischen dem Eintreffen am Ort der Störung und der **Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit bei Störung in einer Gas-Druckregelanlage** im Konzessionsgebiet sicherstellen. Bewertet wird der durchschnittlich zu erwartende Zeitraum zwischen dem Eintreffen am Ort der Störung im Konzessionsgebiet und der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Gasdruckregelanlage. Es ist eine für einen Dritten nachvollziehbare Prognose des zu erwartenden Zeitraums zwischen dem Eintreffen eines qualifizierten Mitarbeiters am Ort der Störung bis zur Wiederherstellung der vollständigen Funktionsfähigkeit der Gas-Druckregelanlage abzugeben. Es wird vorgegeben, dass sich die Störung zwischen 6:00 Uhr – 18:00 Uhr ereignet und die Störung durch Ausfall eines Reglers erfolgt. Für die Nachvollziehbarkeit der Darstellung ist das zugrunde gelegte Bereitschaftskonzept durch konkrete Angaben plausibel zu erläutern. Soweit sich der Bewerber bei den erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung der vollständigen Funktionsfähigkeit der Gas-Druckregelanlage Nachunternehmer (Dienstleister) bedient, ist darzustellen, wie der Bewerber die möglichst zügige Umsetzung der Maßnahme durch den Nachunternehmer (Dienstleister) sicherstellt; vertragliche Zusagen der Nachunternehmer (Dienstleister) sind zur Plausibilisierung vorzulegen.

Schließlich soll der Bewerber einen möglichst kurzen **Zeitraum zwischen Störungseingang und Wiederherstellung des Normdrucks durch den Einsatz der Leitstelle** im Konzessionsgebiet sicherstellen. Es ist eine nachvollziehbare Prognose des zu erwartenden durchschnittlichen Zeitraums zwischen dem Eingang der Störungsmeldung (Unterschreitung des Mindestdrucks) bis zur Wiederherstellung des Normdrucks (vorgegebenes Gasdruckniveau) durch die Schalthandlung in der Leitstelle abzugeben. Soweit sich der Bewerber bei den erforderlichen Maßnahmen Nachunternehmer (Dienstleister) bedient, ist darzustellen, wie der Bewerber die möglichst zügige Umsetzung der Maßnahme durch den Nachunternehmer (Dienstleister) sicherstellt; vertragliche Zusagen der Nachunternehmer (Dienstleister) sind zur Plausibilisierung vorzulegen.

Zur Plausibilisierung der Angaben haben die Bewerber alle an die zuständige Regulierungsbehörde für den Zeitraum der letzten 5 Jahre (2018-2022) übermittelten Daten be-

treffend Versorgungsstörungen und ihre Zeitdauer vorzulegen. Die Vorlage der Daten hat sich auf das Konzessionsgebiet zu beziehen. Können keine Angaben zum Konzessionsgebiet gemacht werden, sind die Daten aus dem bisherigen Netzgebiet des Bewerbers vorzulegen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über entsprechende Informationen verfügt und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es für die Beurteilung der Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

1.4. Investitionen

Der Bewerber soll ausgehend von den übermittelten Netzdaten und der unternehmenseigenen Investitionsstrategie plausibel erläutern, mit welchen konkreten Maßnahmen sowie konkreten finanziellen Mitteln er mit seinen jeweils beabsichtigten Investitionen in das Netz Versorgungsunterbrechungen im Konzessionsgebiet möglichst weitgehend vermeiden wird, um im Konzessionsgebiet eine bestmögliche Netzverfügbarkeit zu gewährleisten. Der Bewerber soll hier auch darstellen, ob und wenn ja welche investive Maßnahmen er zur Erhöhung der Versorgungssicherheit bei einem potentiellen Ausfall des vorgelagerten Netzes vorsieht, sowie welche investiven Maßnahmen er zur Integration der energiewendeeinduzierten Herausforderungen vorsieht.

1.5. Instandhaltung

Der Bewerber soll ausgehend von den übermittelten Netzdaten und der unternehmenseigenen Instandhaltungsstrategie darstellen, mit welchen konkreten Maßnahmen er mit seinen Instandhaltungsmaßnahmen Versorgungsunterbrechungen im Konzessionsgebiet möglichst weitgehend vermeiden wird, um im Konzessionsgebiet eine bestmögliche Netzverfügbarkeit zu gewährleisten.

1.6. Netzbetriebsführung

Das Netz muss vom künftigen Netzbetreiber zuverlässig betrieben werden. Der Bewerber muss plausibel darstellen, mit welchen konkreten Maßnahmen (einschließlich Überwachung des Netzes und Ausführung von Schalthandlungen unter Einbeziehung der Netzleitstelle) der Betrieb des Gasversorgungsnetzes im Konzessionsgebiet so umgesetzt wird, dass möglichst zu jeder Zeit und in jeder Lastsituation eine ordnungsgemäße Gasversorgung sichergestellt ist. Hierbei sind nur Maßnahmen bewertungsrelevant, die nicht bereits Gegenstand der Angaben den Kriterien 1.1., 1.2., 1.3., 1.4., 1.5. und 1.7.) sind.

1.7. Vermeidung von Gefahren

Die Sicherheit des Netzbetriebs wird nicht nur durch eine zuverlässige Versorgung gewährleistet. Daneben ist es auch wichtig, dass von den Verteilnetzanlagen keine Gefahren ausgehen (Ungefährlichkeit des Netzbetriebs).

Es soll dargestellt werden, welche konkreten Maßnahmen der Bewerber ergreifen wird, um zu gewährleisten, dass **unbefugte Dritte** möglichst nicht mit Verteilnetzanlagen in Berührung kommen und von diesen geschädigt werden können. Des Weiteren soll der Bewerber plausibel darstellen, welche konkreten Maßnahmen er ergreifen wird, um zu gewährleisten, dass eigene **Mitarbeiter** möglichst nicht von Verteilnetzanlagen geschädigt werden können.

2. Preisgünstigkeit

Es soll ein möglichst preisgünstiger Netzbetrieb erfolgen. Dabei sollen die Netznutzungsentgelte und Hausanschlusskosten sowie Baukostenzuschüsse berücksichtigt werden. Die Netznutzungsentgelte sind Bestandteil der Energiebezugskosten für Endverbraucher und sollen daher möglichst niedrig sein. Auch die Erstellung von neuen Hausanschlüssen soll für Anschlussnehmer so preisgünstig wie möglich erfolgen. Weiterhin sollen möglichst niedrige Baukostenzuschüsse anfallen.

2.1. Netznutzungsentgelte

Der Bewerber soll eine konkrete und für Dritte nachvollziehbare Prognose der zu erwartenden Netznutzungsentgelte in Eurobeträgen (netto) für die bei Konzessionsbeginn laufende und anstehende Regulierungsperiode abgeben, d.h. vorliegend erwartet die Stadt eine Prognose ab dem Jahr 2025 bis einschließlich zum Ende des Jahres 2032 (Ende 5. Regulierungsperiode). Diese Prognose soll sich auf die nachfolgenden Beispielfälle beziehen und durch Angabe der aktuellen Netznutzungsentgelte des Bewerbers in seinem bisherigen Netz plausibilisiert werden. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über aktuelle Netzentgelte verfügt, ist die Plausibilität seiner Prognosen anderweitig darzulegen.

Bei den Netznutzungsentgelten soll sich die Prognose auf die Kundengruppen „**Haushaushaltskunde**“ (Standardlastprofil) mit einer Jahresarbeit von 40.000 kWh und einer Jahreshöchstleistung von 16 kW, „**Gewerbe**“ (Standardlastprofil) mit einer Jahresarbeit von 200.000 kWh und einer Jahreshöchstleistung von 266 kW sowie „**Industrie**“ (RLM-Zähler) mit einer Jahresarbeit von 1.000.000 kWh und einer Jahreshöchstleistung von 700 kW, jeweils ohne Berücksichtigung der Kosten für Messung und Messstellenbetrieb beziehen.

Die Netzentgeltprognosen müssen auch für das Konzessionsgebiet gelten. Ableitungen der Gasnetzentgelte aus den bisherigen Gasnetzentgelten des Bewerbers oder Pächters/Betriebsführers außerhalb des Konzessionsgebiets sind zulässig. Der Bewerber soll diese anhand eines Vergleichs von Größe und Struktur des aktuellen und des zukünftigen Gasnetzgebiets entsprechend plausibilisieren.

Für jeden Abnahmefall soll das jährlich anfallende Netznutzungsentgelt in € (jeweils ohne Messung und Messstellenbetrieb) angegeben werden. Anzugeben ist hierbei für jedes Jahr zunächst der jeweilige Arbeitspreis in ct/kWh (netto) und der Grund- bzw. Leistungspreis in €/a (netto) bzw. €/kW (netto). Darüber hinaus ist die Gesamtsumme der jährlichen Netznutzungsentgelte in € (netto, ohne Messung und Messstellenbetrieb) anzugeben. Zusätzlich ist das spezifische Netznutzungsentgelt in ct/kWh (netto) als Quotient des jährlichen Netznutzungsentgelts und des Jahresverbrauchs anzugeben.

Bei den Netzentgeltprognosen ist auf den aktuell gültigen Regulierungsrahmen gemäß ARegV und GasNEV abzustellen. Es sollen für jedes Betrachtungsjahr zusätzlich folgende Angaben bereitgestellt werden:

- Die Entwicklung der zur verprobenden Erlösobergrenze im Prognosezeitraum,
- Die Ermittlung des Ausgangsniveaus für die vierte Regulierungsperiode,
- Eine nachvollziehbare Herleitung des für die Prognose zugrunde gelegten Ausgangsniveaus für die fünfte Regulierungsperiode,
- Im Fall einer Gasnetzübernahme ist auf eine kostenbasierte Übertragung der Erlösobergrenze abzustellen.

Folgende Annahmen sind für die Entwicklung der Erlösobergrenze anzusetzen:

- Die Bewerber haben den jeweiligen aktuellen Effizienzwert anzugeben und für die Ermittlung der Erlösobergrenzen für die vierte und fünfte Regulierungsperiode konstant zu halten.
- Sowohl für die vierte und fünfte Regulierungsperiode ist der Produktivitätsfaktor mit 0,9 % zu berücksichtigen.
- Für die Entwicklung des Verbraucherpreisindex („VPI“) ist von 2,0 % auszugehen.
- Für den Prognosezeitraum ist mit den folgenden (konstanten) Werten zu rechnen:
 - EK-Verzinsung Neuanlagen (EK I): 5,07 %
 - EK-Verzinsung Altanlagen (EK I): 3,51 %
 - EK-Verzinsung EK II: 2,04 %

- Die vermiedenen Netzentgelte sowie die vorgelagerten Netzkosten sind gem. dem letzten aktuellen Stand bei Abgabe des Angebots zu berücksichtigen. Für den Prognosezeitraum ist dieser Wert als konstante Größe anzusetzen. Auswirkungen einer Gasnetzübernahme können dabei berücksichtigt werden, sind dann aber plausibel darzustellen.
- Für eine Wertung des Kapitalkostenaufschlags ist die jährliche Investitionssumme (T€) zu benennen. Die Ermittlung des Kapitalkostenaufschlags ist ohne die zukünftige Vereinnahmung von Baukostenzuschüssen anzusetzen.
- Der Kapitalkostenaufschlag ist in dem Prognosezeitraum separat auszuweisen.
- Das Qualitätselement ist entsprechend dem letzten Bescheid des Bewerbers für den Prognosezeitraum anzusetzen und für Bewerber im vereinfachten Verfahren zur Festlegung der Erlösobergrenze mit Null anzusetzen.
- Etwaige Effekte aus der Auflösung des Regulierungskontos sind zu berücksichtigen.
- Es sind konstante Absatzmengen auf der Grundlage der bereitgestellten Daten für das Konzessionsgebiet anzusetzen.
- Zu unterstellen ist, dass konventionelle Zähler über den gesamten Betrachtungszeitraum eingesetzt bzw. weiter genutzt werden. Effekte aus der Umstellung auf Smart Meter oder intelligente Messsysteme bleiben für die Netzentgeltprognose unberücksichtigt; der Bewerber führt den Messstellenbetrieb als grundzuständiger Messstellenbetreiber für das Konzessionsgebiet durch.
- Der Gewerbesteuersatz ist gemäß dem letzten vorliegenden Bescheid anzusetzen.
- Sofern in den sonstigen Positionen, welche in die Erlösobergrenze Eingang finden, Werte (etwa auch ein Entflechtungsaufwand) angesetzt werden, so sind diese nachvollziehbar zu begründen und zu erläutern.

Die Prognosen der Bewerber sind soweit plausibel und nachvollziehbar darzustellen und zu begründen, dass sie für einen sachkundigen Dritten vollständig nachvollziehbar sind.

2.2. Hausanschlusskosten

Bei den Hausanschlusskosten (einschließlich der Kosten für die Inbetriebsetzung und Mauerdurchbruch) soll der Prognose ein Hausanschluss mit einer Leitungslänge von 20

Metern (10 Meter auf öffentlichem – befestigte Oberfläche – und 10 Meter auf privatem Grund des Anschlussnehmers – unbefestigte Oberfläche –) ohne Erbringung von Eigenleistungen durch den Anschlussnehmer zugrunde gelegt werden. Ferner wird unterstellt, dass der Anschluss als „Einspartenanschluss“ erfolgt. Der Bewerber soll eine konkrete und für Dritte nachvollziehbare **Prognose der zu erwartenden Hausanschlusskosten** in Eurobeträgen (netto) für die bei Konzessionsbeginn laufende und anstehende Regulierungsperiode abgeben, d.h. vorliegend erwartet die Stadt eine Prognose ab dem Jahr 2025 bis einschließlich 2032 (Ende 5. Regulierungsperiode). Diese Prognose ist durch Angabe der aktuellen Hausanschlusskosten unter Zugrundelegung des vorgenannten Beispielfalles zu plausibilisieren. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über aktuelle Hausanschlusskosten verfügt, ist die Plausibilität seiner Prognosen anderweitig darzulegen. Externe Gebühren (etwa für verkehrsrechtliche Anordnungen) sind bei der Prognose nicht zu berücksichtigen.

2.3. Baukostenzuschuss

Bei dem Baukostenzuschuss soll der Prognose ein Netzanschluss in Niederdruck mit einer Anschlussleistung von 40 kW zu Grunde gelegt werden. Der Bewerber soll eine konkrete und für Dritte nachvollziehbare Prognose der zu erwartenden Baukostenzuschüsse in Eurobeträgen (netto) für die bei Konzessionsbeginn laufende und anstehende Regulierungsperiode abgeben, d.h. vorliegend erwartet die Stadt eine Prognose ab dem Jahr 2025 bis einschließlich 2032 (Ende 5. Regulierungsperiode). Diese Prognose ist durch Angabe der aktuellen Baukostenzuschüsse unter Zugrundelegung des vorgenannten Beispielfalles zu plausibilisieren. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht über einen aktuellen Baukostenzuschuss verfügt, ist die Plausibilität seiner Prognosen anderweitig darzulegen.

3. Verbraucherfreundlichkeit

Der Netzbetrieb im Konzessionsgebiet soll möglichst verbraucherfreundlich erfolgen.

3.1 Serviceangebot über Fernkommunikationsmittel

Der Bewerber soll für alle netzrelevanten Fragen möglichst umfassend über Telefon und E-Mail erreichbar sein.

Der Bewerber soll sein Servicekonzept darstellen und darin darlegen, auf welche Art und Weise Verbrauchern möglichst umfassende netzbezogene Dienstleistungen und Informationen über Telefon und E-Mail zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang erwartet die Stadt eine zeitlich möglichst lange Verfügbarkeit von kompetenten Ansprechpartnern des Bewerbers zur Inanspruchnahme des Serviceangebots für Verbraucher.

3.2 Serviceangebot im Internet

Der Bewerber soll darüber hinaus für alle netzrelevanten Fragen einen möglichst umfassenden Internetauftritt für Verbraucher bereithalten.

Der Bewerber soll sein Servicekonzept darstellen und darin darlegen, wie auf diesem Wege möglichst umfassende netzbezogene Dienstleistungen und Informationen zur Verfügung gestellt werden.

3.3 Serviceangebot vor Ort

Der Bewerber soll auch für ein persönliches Gespräch von örtlichen Mitarbeitern mit dem Verbraucher möglichst gut verfügbar sein.

Der Bewerber soll sein Servicekonzept darstellen und darin darlegen, auf welche Art und Weise Verbrauchern durch örtliche Mitarbeiter möglichst umfassende netzbezogene Dienstleistungen und Informationen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang erwartet die Stadt eine zeitlich möglichst lange Verfügbarkeit von kompetenten Ansprechpartnern des Bewerbers zur Inanspruchnahme des Serviceangebots.

3.4 Serviceangebot bei Störungen

Der Bewerber soll sein Servicekonzept darstellen und darin darlegen, wie er ein möglichst umfassendes Serviceangebot bei ungeplanten Versorgungsunterbrechungen vorhält. Durch besondere Verbraucherfreundlichkeit kann sich hierbei ein Angebot auszeichnen, wenn Netzkunden im Fall einer ungeplanten Versorgungsunterbrechung möglichst umfassend und zügig informiert werden.

3.5 Bereitstellung von Netzanschlüssen

Der Bewerber soll alle Maßnahmen darstellen, die eine möglichst zügige Bearbeitung des Antrags auf Netzanschluss (Ein- und Zweifamilienhaus, 20 Meter Anschlussleitung, 10 Meter auf öffentlichem – befestigte Oberfläche –, 10 Meter auf privatem Grund – unbefestigte Oberfläche – des Anschlussnehmers, ohne Erbringung von Eigenleistungen durch den Anschlussnehmer) gewährleisten. Ferner wird unterstellt, dass der Anschluss als „Einsparthenanschluss“ erfolgt. Darzustellen ist der Prozessablauf unter Angabe durchschnittlicher Bearbeitungszeiten bezogen auf den Zeitraum der vollständigen **Bearbeitung des Antrags auf Netzanschluss** vom Eingang des Antrags bei dem Bewerber bis zum Versand des verbindlichen Angebots durch den Bewerber. Hierbei ist davon auszugehen, dass mit dem Antrag bereits sämtliche erforderliche Unterlagen des Anschlussnehmers eingereicht sind bzw. bei dem Bewerber vorliegen. Die Darstellung ist durch Angabe der bisherigen Bearbeitungszeiten in den letzten 5 Jahren (2018-2022) zu plausibilisieren. So-

weit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ insoweit keine Angaben machen kann, ist die Plausibilität seiner Darstellung anderweitig darzulegen.

Der Bewerber soll alle Maßnahmen darstellen, die eine möglichst zügige Fertigstellung eines Netzanschlusses (Ein- und Zweifamilienhaus, 20 Meter Anschlussleitung, 10 Meter auf öffentlichem – befestigte Oberfläche –, 10 Meter auf privatem Grund – unbefestigte Oberfläche – des Anschlussnehmers, ohne Erbringung von Eigenleistungen durch den Anschlussnehmer) gewährleisten. Bei den Angaben ist davon auszugehen, dass der Netzanschluss das Gasversorgungsnetz der allgemeinen Versorgung mit der Gasanlage des Anschlussnehmers verbindet. Ferner wird unterstellt, dass der Anschluss als „Einspartenananschluss“ erfolgt. Darzustellen ist der Prozessablauf unter Angabe der durchschnittlich benötigten Zeit zwischen dem Eingang des auf sofortige Ausführung gerichteten Auftrags zur Erstellung des Netzanschlusses bei dem Bewerber bis zur baulichen **Fertigstellung des Netzanschlusses**. Soweit sich der Bewerber bzw. sein Pächter oder Betriebsführer bei der Fertigstellung des Netzanschlusses Nachunternehmer (Dienstleister) bedient, ist darzustellen, wie der Bewerber bzw. sein Pächter oder Betriebsführer die möglichst zügige Fertigstellung des Netzanschlusses bei Beauftragung der Nachunternehmer sicherstellt.

In der Praxis wünschen Anschlusspetenten die Fertigstellung eines Netzanschlusses (Ein- und Zweifamilienhaus) häufig zu einem bestimmten Wunschtermin in der Zukunft. Der Bewerber soll dafür Sorge tragen, dass entsprechende Wunschtermine möglichst eingehalten werden. Der Bewerber soll hierzu eine vertragliche Regelung zur **Höhe der Einhaltungquote** von Wunschterminen für die Laufzeit des Konzessionsvertrags vorsehen und diese mit vertraglichen Informationsrechten und Sanktionsmöglichkeiten der Stadt ergänzen.

3.6 Zügige Bearbeitung von Kundenbeschwerden

Der Bewerber soll alle Maßnahmen darstellen, die eine möglichst zügige Bearbeitung von Kundenbeschwerden der Netzkunden gewährleisten. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit der Angaben soll unterstellt werden, dass die vollständig eingereichte Kundenbeschwerde in Textform (Brief oder E-Mail) eingegangen ist und durch den Bewerber abschließend bearbeitet wird.

Darzustellen ist der Prozessablauf unter Angabe durchschnittlicher Bearbeitungszeiten vom Eingang der Kundenbeschwerde bis zur fallabschließenden Klärung der Kundenbeschwerde. Zur Plausibilisierung der Angaben sind alle Bearbeitungsdauern von Kundenbeschwerden in den letzten 5 Jahren (2018-2022) sowie die interne Dokumentation oder, soweit nicht vorhanden, vergleichbare Daten vorzulegen.

4. Effizienz

Der Netzbetrieb soll möglichst effizient durchgeführt werden.

4.1 Regulatorischer Effizienzwert

Bei der sachgerechten Bewertung der Effizienz ist die in der Vergangenheit bewiesene Effizienz der Bewerber zu berücksichtigen. Die Anreizregulierung zeigt diese grundsätzlich durch einen Effizienzvergleich auf. Daher ist die Höhe des regulatorischen Effizienzwerts des Unternehmens von Relevanz.

Die Berücksichtigung des regulatorischen Effizienzwertes durch die Stadt erfolgt für den Fall, dass im Konzessionsverfahren ausschließlich Bewerber Angebote abgeben, die im regulären Verfahren geprüft werden. Es kommt für diesen Fall die in der **Anlage 1** zu diesem Verfahrensbrief gelb hinterlegte Gewichtung der Unter-Unterkriterien zur Effizienz zur Anwendung.

Bei der Bepunktung des regulatorischen Effizienzwertes weist die Stadt auf Folgendes hin: Netzbetreiber, die einen Effizienzwert von 100 % haben, werden mit 10 Punkten bewertet, da sie den besten aller möglichen Werte vorweisen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass der schlechteste mögliche Effizienzwert 60 % beträgt, der mit 1 Punkt zu werten wäre. Vor diesem Hintergrund sind die zu vergebenden Punkte (2 bis 9 Punkte) auf die Effizienzwerte zwischen 60,01 bis 99,99 % zu verteilen, woraus sich eine Abstufung in 4,9975 Punkten-Schritten ergibt. Sollte keines der sich beteiligenden Unternehmen einen Effizienzwert von 100 % haben, wird derjenige Bewerber mit 10 Punkten gewertet, der den höchsten Effizienzwert unter den am Verfahren beteiligten Bewerbern hat. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass der schlechteste mögliche Effizienzwert 60 % beträgt, der mit 1 Punkt zu werten wäre. Vor diesem Hintergrund sind die zu vergebenden Punkte (2 bis 9 Punkte) auf die Effizienzwerte zwischen 60,01 und dem höchsten Effizienzwert des am Verfahren beteiligten Bewerbers zu verteilen.

Sollten auch Bewerber Angebote abgeben, die im sogenannten vereinfachten Verfahren gemäß § 24 ARegV geprüft werden, mangelt es für diese Bewerber an einem belastbaren Effizienzwert, der mit dem Effizienzwert des regulären Verfahrens verglichen werden könnte. In diesem Fall kommt das Unterkriterium „Regulatorischer Effizienzwert“ insgesamt nicht zur Anwendung. Das Kriterium der Effizienz wird in diesem Fall durch die in der **Anlage 1** zu diesem Verfahrensbrief nicht gelb markierten Unterkriterien einschließlich deren Gewichtung berücksichtigt.

4.2 Kosteneffizienz

Zur Bewertung der Kosteneffizienz sind die nachfolgend benannten Aspekte heranzuziehen, die ein effizientes Verhalten des Bewerbers belegen.

Der Bewerber soll alle betrieblichen Maßnahmen zur **Organisationsstruktur** darstellen, durch welche er langfristig einen möglichst kosteneffizienten Betrieb des Netzes ermöglicht.

Der Bewerber soll weiter alle betrieblichen Maßnahmen zur **Wegeoptimierung im Versorgungsgebiet** darstellen, um einen möglichst kosteneffizienten Betrieb des Netzes zu ermöglichen.

Der Bewerber soll zudem durch einen möglichst **effizienten Einkauf** einen kosteneffizienten Betrieb des Netzes ermöglichen. Darzustellen ist die Beschaffungsstrategie hinsichtlich der für den Netzbetrieb relevanten Betriebsmittel.

Schließlich soll der Bewerber mittels einer **effizienten Lagerhaltung** einen möglichst kosteneffizienten Betrieb des Netzes ermöglichen. Darzustellen ist das Vorgehen bei der Lagerung der für den Netzbetrieb relevanten Betriebsmittel.

Bei den Ausführungen zu den oben genannten Unter-Unterkriterien sind jeweils die voraussichtlichen Auswirkungen der dargestellten Maßnahmen auf die Kosteneffizienz zur Plausibilisierung anzugeben.

4.3 Minimierung des Gasschwunds

Der Bewerber soll zur Gewährleistung eines energieeffizienten Netzbetriebs alle Maßnahmen darstellen, um einen Gasschwund soweit wie möglich zu vermeiden. Dabei sind die voraussichtlichen Auswirkungen der dargestellten konkreten Maßnahmen auf den Gasschwund anzugeben.

5. Umweltverträglichkeit

Der Netzbetrieb soll möglichst umweltverträglich ausgestaltet werden.

5.1 Schonung des Baumbestands bei Leitungsverlegungen

Bei der Verlegung von Leitungen soll der Baumbestand so weit wie möglich geschont werden. Diesbezüglich sind alle betrieblichen Maßnahmen zur Schonung des Baumbestandes bei der Verlegung von Leitungen des örtlichen Verteilnetzes seitens des Bewerbers darzustellen.

5.2 Entfernung stillgelegter Anlagen

Der Bewerber soll die Stadt über die Stilllegung von Anlagen informieren und die Stilllegung für die Stadt nachvollziehbar dokumentieren. Stillgelegte Anlagen sollen möglichst weitgehend und zügig entfernt werden, soweit die Stadt dies verlangt. Der Bewerber soll entsprechende Regelungen im Vertrag vorsehen; nur diese vertraglichen Regelungen werden bei der Bewertung berücksichtigt.

5.3 Vermeidung von Straßenaufbrüchen

Generell soll der Bewerber Straßenaufbrüche soweit wie möglich vermeiden und entsprechende Regelungen zur verbindlichen Vermeidung von Straßenaufbrüchen im Vertrag vorsehen; nur diese vertraglichen Regelungen werden bei der Bewertung berücksichtigt.

5.4 Einspeisung durch dezentrale Anlagen

Die Umsetzung der Energiewende und die damit verbundene Notwendigkeit der **Netzintegration dezentraler Einspeiseanlagen** stellt gerade Verteilnetzbetreiber vor Herausforderungen. Der Bewerber soll darlegen, mit welchen konkreten Maßnahmen im Verteilnetz er sicherstellt, dass Anlagen zur Einspeisung von treibhausgasneutralen Gasen möglichst in jeder Netzlastsituation einspeisen können.

Der Bewerber soll zudem eine möglichst kompetente und umfassende **Beratung für den Netzanschluss von dezentraler Einspeiseanlagen** zur Einspeisung von CO₂-neutral erzeugten Gasen gewährleisten und darlegen, wie er dies erreichen wird.

6. Treibhausgasneutralität

Der Netzbetrieb soll möglichst weitgehend treibhausgasneutral ausgestaltet werden.

6.1. Energieeffizienzmaßnahmen

Der Bewerber soll durch Energieeffizienzmaßnahmen den für die Durchführung des Netzbetriebs im Konzessionsgebiet erforderlichen Eigenverbrauch an Elektrizität und Wärme möglichst weitgehend reduzieren. Hierzu sind die Betriebsmittel, Einrichtungen und Gebäude des Bewerbers zu berücksichtigen, die zumindest auch für den Netzbetrieb im Konzessionsgebiet relevant sind. Der Bewerber soll die bereits implementierten Energieeffizienzmaßnahmen darstellen und hierauf aufbauend darstellen, wie diese während der Laufzeit des Konzessionsvertrags fortentwickelt und durch weitere Energieeffizienzmaßnahmen ergänzt werden. Es soll konkret beschrieben werden, wie und in welchem Umfang die Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen beitragen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ nicht bereits implementierte Energieeffizienzmaßnahmen benennen kann und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es zur Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

6.2. Anteil treibhausgasneutraler Energien am Stromeigenverbrauch

Auch im Rahmen eines energieeffizienten Netzbetriebs wird Elektrizität für die Durchführung der Netzbetriebsaufgaben benötigt. Der Eigenverbrauch des Bewerbers für den Netzbetrieb im Konzessionsgebiet soll möglichst weitgehend aus treibhausgasneutralen Energiequellen stammen. Der Bewerber soll darstellen, wie hoch die Quote von Elektrizität aus treibhausgasneutralen Energiequellen an seinem Eigenverbrauch ist und welche Maßnahmen er während der Laufzeit des Konzessionsvertrags ergreifen wird, um diese Quote weiter zu erhöhen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ keine Quote von Elektrizität aus treibhausgasneutralen Energiequellen an seinem Eigenverbrauch benennen kann und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es zur Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

6.3. Anteil treibhausgasneutraler Energien am Wärmeverbrauch

Auch im Rahmen eines energieeffizienten Netzbetriebs wird Energie in Form von Wärme für die Durchführung der Netzbetriebsaufgaben benötigt, etwa bei der Beheizung von Verwaltungsgebäuden, Werkstätten und Lagerräumen. Der Wärmeverbrauch des Bewerbers für den Netzbetrieb im Konzessionsgebiet soll möglichst weitgehend aus treibhausgasneutralen Energiequellen stammen. Der Bewerber soll darstellen, wie hoch die Quote der Wärme aus treibhausgasneutralen Energien an seinem Wärmeverbrauch ist und welche Maßnahmen er während der Laufzeit des Konzessionsvertrags ggf. ergreifen wird, um diese Quote weiter zu erhöhen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ keine Quote von Wärme aus treibhausgasneutralen Energien an seinem Wärmeverbrauch benennen kann und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es zur Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

6.4. Fuhrpark

Der Bewerber soll bei dem Betrieb seines Fuhrparks Treibhausgasemissionen möglichst weitgehend vermeiden. Der Bewerber soll darstellen, wie hoch die derzeitige Quote der für den Netzbetrieb im Konzessionsgebiet einzusetzenden Fahrzeuge ist, die im Betrieb treibhausgasneutral betrieben werden. Relevant sind hierbei ausschließlich batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge sowie Fahrzeuge, deren Kraftstoffe nachweislich ausschließlich aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Der Bewerber soll zudem darstellen, welche Maßnahmen er während der Laufzeit des Konzessionsvertrags ergreifen wird, um die Quote treibhausgasneutraler Fahrzeuge weiter zu erhöhen. Soweit ein Bewerber als sog. „Newcomer“ keine Quote der für den Netzbetrieb im Konzessionsgebiet einzusetzenden treibhausgasneutralen Fahrzeuge benennen kann und keinen Betriebsführer oder Pächter einbindet, kommt es zur Plausibilität ausschließlich auf die konzeptionellen Ausführungen an.

7. Baumaßnahmen

Der Bewerber ist für seine Tätigkeit darauf angewiesen, die öffentlichen Straßen und Wege der Stadt für den Bau und Betrieb von Netzanlagen zu nutzen. Bau und Betrieb der Netzanlagen sind mit Baumaßnahmen verbunden. Die Stadt und ihre Einwohnerinnen und Einwohner haben ein Interesse daran, dass die mit Bauarbeiten einhergehenden Beeinträchtigungen für die Allgemeinheit möglichst gering ausfallen. Der Bewerber soll entsprechende Regelungen zu Baumaßnahmen im Vertrag vorsehen; nur diese vertraglichen Regelungen werden bei der Bewertung berücksichtigt.

7.1 Abstimmungen bei Baumaßnahmen

Die Durchführung von Baumaßnahmen des Bewerbers soll mit der Stadt möglichst weitgehend abgestimmt werden. Hierzu sind möglichst umfassende und frühzeitige Abstimmungen von Baumaßnahmen unter Vorlage von nachvollziehbaren Plänen erforderlich, bei denen städtische Änderungswünsche möglichst weitgehend Berücksichtigung finden.

7.2 Sicherstellung der zustandsgerechten Oberflächenwiederherstellung

Bei Baumaßnahmen soll sichergestellt und durch die Stadt überprüfbar sein, dass die Oberflächen der öffentlichen Verkehrswege nach Abschluss der Arbeiten schnellstmöglich zustandsgerecht wiederhergestellt werden. Dies soll auch einschließen, dass festgestellte Mängel vor abschließender Abnahme der Baumaßnahmen möglichst zügig und umfassend beseitigt werden.

7.3 Gewährleistung bei der Oberflächenwiederherstellung

Der Bewerber soll der Stadt möglichst effektive Gewährleistungsrechte für die wiederhergestellten Oberflächen einräumen. Dies soll auch einschließen, dass Mängel, die während des Gewährleistungszeitraums festgestellt werden, möglichst zügig und umfassend beseitigt werden.

7.4 Folgepflicht

Der Bewerber soll verpflichtet sein, Netzanlagen auf Verlangen der Stadt dauerhaft oder vorübergehend zu verlegen bzw. anzupassen, wenn dies im öffentlichen Interesse der Stadt erforderlich ist.

7.5 Folgekosten

Der Bewerber soll die aus der Folgepflicht resultierenden Kosten soweit wie möglich selbst tragen.

8. Endschaftsregelungen

Der Konzessionsvertrag muss Regelungen für das Vertragsende (Endschaftsregelungen) vorsehen. Die Endschaftsregelungen sollen der Stadt vor Vertragsende die erneute Durchführung eines Konzessionsverfahrens mit möglichst hoher Wettbewerberanzahl ermöglichen.

8.1 Auskunftsanspruch über technische und wirtschaftliche Situation des Netzes

Hierfür ist es zunächst erforderlich, dass die Stadt vom Bewerber umfassende Informationen über die technische und wirtschaftliche Situation des Netzes erhält, die sie den zukünftigen Wettbewerbern zur Verfügung stellen kann. Die Stadt erwartet dabei eine möglichst frühzeitige (nicht früher als 5 Jahre vor Vertragsende) und möglichst zügige Übermittlung der Daten in einem elektronischen Format.

8.2 Übertragungsanspruch im Hinblick auf die zum Betrieb des Netzes der allgemeinen Versorgung notwendigen Anlagen

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass die Endschaftsregelungen eine einfache und rechtssichere Netzübernahme im Fall eines Wechsels des Konzessionärs vorsehen. Der Eigentumsübertragungsanspruch soll daher möglichst umfassend sein und alle zur Versorgung notwendigen Verteilungsanlagen umfassen. Die Stadt soll das Recht, nicht aber die Pflicht zur Übernahme aller zur Versorgung notwendigen Verteilungsanlagen haben.

8.3 Wirtschaftlich angemessene Vergütung

Die Vergütung für die Übernahme des Netzeigentums soll so bemessen sein, dass das Netz nach der Netzübernahme wirtschaftlich betrieben werden kann.

8.4 Entflechtung des Netzes

Die Regelungen zur Entflechtung sollen eine möglichst einfache Netzentflechtung ermöglichen, die den Interessen des abgebenden und übernehmenden Netzbetreibers angemessen Rechnung trägt.

9. Nebenleistungen nach § 3 Abs. 1 KAV

Die in § 3 Abs. 1 Konzessionsabgabenverordnung vorgesehenen Nebenleistungen, **Kommunalrabatt, Vergütung notwendiger Kosten bei Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen** und **Verwaltungskostenbeiträge** sollen der Stadt durch den Bewerber in höchstzulässigem Umfang vertraglich gewährt werden.

10. Konzessionsabgabe

10.1 Frühestmögliche Abschlagszahlungen

Der Bewerber soll vertraglich gewährleisten, dass frühestmögliche Abschlagszahlungen für die Konzessionsabgabe erfolgen, die aber nicht kürzer als monatlich sein sollen.

10.2 Frühzeitige Endabrechnung im Folgejahr

Zudem soll im Konzessionsvertrag eine möglichst frühzeitige Endabrechnung der Konzessionsabgabe im Folgejahr vorgesehen werden, damit die Stadt endgültige Klarheit über die Höhe der ihr zustehenden Konzessionsabgabenzahlungen hat.

10.3 Kontrolle der Endabrechnung

Der Bewerber soll im Konzessionsvertrag Regelungen vorsehen, die eine bestmögliche Kontrolle der Endabrechnung durch die Stadt gewährleisten und hierbei auch eine Testierung der Konzessionsabgabeberechnung durch einen Wirtschaftsprüfer vorsehen.

11. Vertragslaufzeit

11.1 Höchstmögliche Vertragslaufzeit

Die Stadt möchte den Konzessionsvertrag möglichst mit der Höchstlaufzeit von 20 Jahren abschließen.

11.2 Kündigungsrechte

Zudem soll der Stadt das einseitige vertragliche Recht zustehen, den Konzessionsvertrag jeweils mit einer Frist von zwei Jahren ordentlich zu kündigen. Die Stadt wird dabei keine ordentlichen Kündigungsrechte bewerten, die eine ordentliche Kündigung früher als bis zum Ablauf des zehnten Jahres der Vertragslaufzeit ermöglichen.

D. Auswahlkriterien

Die Stadt hat für die Auswahl des zukünftigen Konzessionsvertragspartners zur Erfüllung der unter C. II. genannten Anforderungen und Ziele Auswahlkriterien einschließlich einer Gewichtung festgelegt. Diese Kriterien sind in der **Anlage 1** zu diesem Verfahrensbrief beigefügt. Die Stadt wird die späteren verbindlichen Angebote der Bewerber anhand dieser Kriterien und dieser Gewichtung auswerten. Anschließend wird sie den Zuschlag auf das beste Angebot erteilen.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl erteilt. Jedes in der **Anlage 1** aufgeführte Kriterium wird auf einer Skala von 0 – 10 Punkten bewertet und mit

der im Kriterienkatalog angegebenen Gewichtungszahl multipliziert sowie anschließend mit den Ergebnissen der anderen Kriterien addiert. Insgesamt ergibt sich damit ein Maximalwert von 10.000 (= 10 x 1.000) Punkten. Das Angebot, das von allen Angeboten insgesamt die höchste Punktzahl erreicht, wird als bestes Angebot gewertet.

Die Bewertung der Angebote erfolgt relativ. Das bedeutet: Die Angebote werden mit Blick auf jedes Kriterium wertend verglichen. Der Vergleich erfolgt anhand der oben genannten Punkteskala von 0 – 10 Punkten. Das in einem Kriterium im Vergleich zu den anderen Angeboten jeweils beste Angebot erhält bei diesem Kriterium 10 Punkte. Das beste Angebot zum jeweiligen Kriterium ist dasjenige, welches die in diesem Verfahrensbrief unter C.II. genannten Anforderungen und Ziele zu dem jeweiligen Kriterium im Vergleich aller Angebote am besten erfüllt. Die übrigen Angebote erhalten in Bezug auf das im jeweiligen Kriterium beste Angebot eine entsprechende niedrigere Punktzahl, die der qualitativen Abweichung des Angebots zum besten Angebot entspricht.

Bei fehlenden Angaben zu einem Kriterium wird das Angebot mit null Punkten bewertet.

Die höchste Punktzahl von 10 Punkten für ein Kriterium kann für mehrere Angebote vergeben werden, wenn diese im relativen Vergleich aller Angebote die Anforderungen und Ziele eines Kriteriums am besten erfüllen und im Vergleich untereinander gleichwertig sind.

Es werden nur volle Punkte vergeben.

E. Abfrage indikativer Angebote

Zur Durchführung des Auswahlverfahrens wird um Übermittlung eines indikativen (unverbindlichen) Angebots Ihres Unternehmens bis zum **XX.XX.2023, 11.00 Uhr**, auf einem Datenträger (USB-Stick, CD-ROM oder DVD-ROM) in einem fest verschlossenen Umschlag an die oben unter A. genannte verfahrensleitende Stelle gebeten. Der Umschlag ist von außen sichtbar mit den Worten „Unterlagen im Gaskonzessionsverfahren - Nicht öffnen“ zu kennzeichnen.

Maßgeblich ist der Posteingang bei der verfahrensleitenden Stelle. Verspätete Angebote werden nicht berücksichtigt. Eine Angebotsabgabe per E-Mail oder Telefax ist nicht zulässig.

Das indikative Angebot muss enthalten:

- die Darstellung des künftigen Netzbetriebs in der Stadt (Netzbetriebskonzept) sowie
- den angebotenen Konzessionsvertrag.

Das Angebot ist in Form von elektronischen Dokumenten im PDF- und MS-Word-Format einzureichen. Die elektronischen Dokumente erfordern keine elektronische Signatur.

Die Darstellung des künftigen Netzbetriebs muss sich im Aufbau an den Auswahlkriterien (**Anlage 1**) orientieren; bewertet werden ausschließlich die zu dem jeweiligen konkreten Kriterium dort getroffenen Aussagen. Aussagen an anderer Stelle werden nicht in die Bewertung einbezogen.

Die Stadt wird bei der Prüfung der Angebote die von den Bewerbern nach ihren Darstellungen eingesetzte Personal- und Sachausstattung, die zur Erfüllung der Anforderungen und Ziele der Stadt jeweils erforderlich ist, bei den Kriterien mitlaufend im Rahmen der Plausibilisierung berücksichtigen.

Konzessionsvertragliche Zusagen zum Netzbetriebskonzept werden nur bei der Beurteilung der Plausibilität der jeweiligen konzeptuellen Aussagen bei den unter Gliederungspunkt C. (Ziffer 1., 3., 4., 5.1., 5.4. und 6) dargestellten Anforderungen berücksichtigt. Ergeben sich also aus dem Netzbetriebskonzept selbst oder aus naheliegenden Überlegungen konkrete Anhaltspunkte für Zweifel an der künftigen Umsetzung der konzeptuellen Aussagen, können vertragliche Zusagen dazu beitragen, diese Zweifel auszuräumen und das Angebot plausibel zu machen. Hinsichtlich der konzessionsvertraglichen Zusagen wird auch berücksichtigt, wie ihre Erfüllung sichergestellt ist, ob also der Stadt entsprechende Informationsrechte zustehen und ob Sonderkündigungsrechte und/oder Vertragsstrafen vorgesehen sind.

Die Stadt hat ein Muster für einen Konzessionsvertrag vorgesehen (**Anlage 2**). Die ausdrücklich markierten Stellen im Musterkonzessionsvertrag sind zu ergänzen, indem konkrete Formulierungsvorschläge eingearbeitet werden. Weitere Ergänzungen und Änderungen sind zulässig. Sämtliche Ergänzungen sind in das Word-Dokument „Musterkonzessionsvertrag“ (**Anlage 3**), das Ihnen zur Verfügung gestellt wird, im Änderungsmodus einzuarbeiten.

Im Rahmen Ihres indikativen Angebots haben Sie außerdem die Eignung für den Netzbetrieb in der Stadt durch Einreichen der unter B. genannten Nachweise bzw. Darstellung zu belegen. Sollten sich im laufenden Verfahren Änderungen an den von Ihnen dargestellten Eignungsangaben ergeben, sind diese unaufgefordert und unverzüglich vorzulegen.

Alle geforderten Erklärungen und Nachweise können als eingescannte Dokumente vorgelegt werden. Die verfahrensleitende Stelle behält sich die Forderung von Originalen bzw. beglaubigten Fotokopien vor.

Für den Fall, dass Sie das indikative Angebot mit dem Vorbehalt einer Zustimmung von Aufsichtsgremien versehen wollen, wird auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen:

Die Einreichung des Angebots mit einem Gremienvorbehalt wird in diesem Verfahrenssta-
dium als zulässig angesehen. Allerdings muss dieser Vorbehalt rechtzeitig vor Einreichen
des verbindlichen Angebots ausgeräumt werden. Ein Angebot, das auch zum Zeitpunkt
der Abgabe des verbindlichen Konzessionsangebotes noch unter Gremienvorbehalt steht,
wird ausgeschlossen, sofern nicht im Laufe des Verfahrens etwas Anderes mitgeteilt wird.

Rein vorsorglich weist die Stadt darauf hin, dass bei der Bewertung der verbindlichen An-
gebote ausschließlich die schriftlichen Angaben im verbindlichen Angebot inklusive der
Anlagen gewertet werden können. Soweit die Bewerber ergänzende mündliche Angaben
im Rahmen des Bietergespräches machen, sind diese in das schriftliche verbindliche An-
gebot aufzunehmen, andernfalls können die Angaben bei der Bewertung keine Berück-
sichtigung finden. Soweit der Bewerber in seinem verbindlichen Angebot beispielsweise
allgemein auf gesetzliche Vorgaben, Zertifikate, Regelwerke, DIN-Vorschriften oder inter-
ne Richtlinien verweist, kann dies nur gewertet werden, soweit er einzelne Maßnahmen
konkret benennt und nachvollziehbar darstellt.

F. **Beachtung Neutralitätsgebot**

Da sich auch ein städtisches Unternehmen als Wettbewerber um die Konzession bewirbt,
ist es erforderlich, die verfahrensleitende Stelle strukturell, personell und organisatorisch
vollständig von diesem Bewerber zu trennen.

Sämtliche von der Stadt im Rahmen des Verfahrens zu leistenden Verwaltungsaufgaben
einschließlich der Wahrnehmung der verfahrensleitenden Stelle in dem Konzessionsver-
fahren werden daher auf Herrn Peter Klink übertragen (Organigramm als **Anlage 4**). Herr
Klink übt keine Funktion in dem vorgenannten kommunalen Unternehmen aus. Eine Wei-
tergabe von Informationen betreffend das Konzessionsverfahren durch Herrn Klink an an-
dere Stellen der Verwaltung wird unterbleiben. Ausgenommen hiervon ist lediglich eine
Weitergabe von Informationen an den Rat der Stadt im Hinblick auf die vom Rat der Stadt
im Konzessionsverfahren zu treffenden Entscheidungen. Zur Sicherstellung des Neutrali-
tätsgebots und des Geheimwettbewerbs hat die Stadt zudem folgende drei Maßnahmen
getroffen:

- Es wurde die als **Anlage 5** beigefügte Verfügung erlassen, um zu gewährleisten,
dass eine vollständige Trennung von Stadt und Bewerbern erfolgt und sichergestellt
ist, dass ein Informationsaustausch zwischen den für die verfahrensleitende Stelle
und den für die vorgenannten Unternehmen der Stadt handelnden Person nur in-
nerhalb des hierfür vorgesehenen Vergabeverfahrens für das Wegerecht erfolgt.
- Die verfahrensleitende Stelle setzt die in **Anlage 6** genannten Maßnahmen zur
technischen Sicherstellung der Trennung von Stadt und Bewerbern um.

- Zugleich lässt der Oberbürgermeister aufgrund der als **Anlage 7** beigefügten Schreiben während des Konzessionsverfahrens seine Gremientätigkeit in den vorgenannten Unternehmen ruhen.

Darüberhinausgehende verwaltungsseitige Maßnahmen und Regelungen sind aus Sicht der Stadt nicht erforderlich.

Der Rat der Stadt wird bei der Entscheidung über die Auswahlkriterien und bei der Auswahlentscheidung in das Konzessionsverfahren einbezogen. Etwaige Mitwirkungsverbote von Mitgliedern des Rats der Stadt werden von diesen beachtet werden.

G. Weiteres Verfahren

Nach Auswertung der indikativen Angebote wird die verfahrensleitende Stelle Ihr Unternehmen zu einem Bietergespräch einladen. In diesem Bietergespräch können Sie die Inhalte Ihres Angebots gerne persönlich erläutern sowie Ihr Unternehmen vorstellen.

Nach Sichtung der Unterlagen aller Bieter und im Anschluss an das Bietergespräch werden die Bieter zur Abgabe eines verbindlichen Angebots aufgefordert.

Nach Eingang der verbindlichen Angebote werden die verbindlichen Angebote anhand der Ihnen mit diesem Verfahrensbrief mitgeteilten Auswahlkriterien und deren Gewichtung (**Anlage 1**) bewertet.

Die abschließende Entscheidung über den Abschluss des jeweiligen Konzessionsvertrages trifft der Rat der Stadt auf Basis der bekannt gegebenen Auswahlkriterien (**Anlage 1**).

H. Rügen zum Verfahren

Die verfahrensleitende Stelle weist darauf hin, dass Rechtsverletzungen, die aus diesem 1. Verfahrensbrief einschließlich der Anlagen erkennbar sind, gemäß § 47 Abs. 2 Satz 2 EnWG innerhalb von 15 Kalendertagen ab Zugang dieses 1. Verfahrensbriefes zu rügen sind. Eine spätere Geltendmachung etwaiger Rügen ist auf Grund der Rügeobliegenheiten sowie Präklusionswirkung des § 47 EnWG nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Klink

Anlagen

1. Auswahlkriterien
2. Musterkonzessionsvertrag
3. USB-Stick mit Musterkonzessionsvertrag in Format MS-Word
4. Einrichtung verfahrensleitender Stelle
5. Organigramm der Verwaltung
5. Verfügung
6. Technische Maßnahmen
7. Schreiben des Oberbürgermeisters